

20. Zur gegenwärtigen Situation studentischer Politik

beschlossen im Februar 1975 in Bochum

Die ursprünglich emanzipatorischen Ziele der Studentenbewegung, die auf Beseitigung von Fremdbestimmung und auf Selbstverwirklichung ausgerichtet waren, sind offen infrage gestellt.

Die Freiräume des Studiums werden mehr und mehr durch Reglementierung, Verschulung und verschärfte Prüfungen eingeengt, der äußere NC und der innere NC („Rausprüfen“) erzeugen zusammen mit der sich verschlechternden sozialen Lage Anfänge von Existenzangst. Diese Situation unterstützt zusammen mit der dauernden Konkurrenz untereinander tendenziell eine wachsende politische Apathie der Studenten.

Auf der anderen Seite wird ein nicht unerheblicher Beitrag zur Stabilisierung dieser Situation durch die gegenwärtigen Formen studentischer Politik geleistet. Einerseits haben die verschiedenen theoretischen Ansätze einen solchen Grad an Komplexität erreicht, daß deren Vermittlung immer schwerer wird. Andererseits sind Kennzeichen der gegenwärtigen Situation studentischer Politik

- die Macht und Führungsansprüche von politischen Gruppen, die die Studenten z. T. nur noch als Mittel zum Zweck vor den eigenen Karren zu spannen versuchen,
- die illusionäre Selbsteinschätzung sowohl von Gruppen als auch Funktionären, die sich und die Studenten als Führungselite und Avantgarde gesellschaftlicher Veränderung hochstilisieren.

Im folgenden leistet der SLH deshalb eine Kritik an den gegenwärtigen Aktions- und Verkehrsformen studentischer Politik, legt die Möglichkeiten alternativer Politik dar.

1. Gegenwärtige studentische Politik

Das Verhältnis der Studenten zur Politik, insbesondere zur studentischen Politik, läßt sich in vielen Fällen als „gestört“ bezeichnen: Zwar wird die Notwendigkeit politischer Information und politischer Aktivität eingesehen, jedoch ist die Bereitschaft, sich hierfür einzusetzen, nur bei den wenigsten zu finden. Ursachen hierfür sieht der SLH in der Art, in der gegenwärtig studentische Politik betrieben wird, in ihrer relativen Erfolgslosigkeit, in der

Studienbelastung und den persönlichen Schwierigkeiten, die es dem einzelnen nicht lohnend bzw. unmöglich erscheinen lassen, sich politisch zu informieren und politisch aktiv zu werden.

2. Persönliche Schwierigkeiten - Hindernisse für politisches Engagement?

Der einzelne Student sieht sich einer wachsenden Studienbelastung gegenüber, und er ist - besonders zu Beginn seines Studiums - mit persönlichen Problemen konfrontiert wie Vereinzelung, Vereinsamung und der Unfähigkeit bzw. Unmöglichkeit, über ein sachliches Verhältnis zu seinen Mitmenschen hinaus zu einem persönlichen Verhältnis zu gelangen.

Mit diesen Problemen vollauf beschäftigt, hat er - das klassische Argument - keine Zeit oder keine Lust, sich politisch zu betätigen. Oftmals wird er nicht bemerken, daß seine persönlichen Probleme auch gesellschaftlich bedingt sind und daß daher einer Lösung seiner Probleme Hindernisse im Wege stehen, die er als einzelner nicht überwinden kann.

In politischer Betätigung geht es darum, einen Beitrag zur Verbesserung der persönlichen Lebensbedingungen und damit auch der allgemeinen zu leisten. Jedoch, wer dann bereit ist, einen solchen Beitrag zu leisten, wird abgeschreckt durch die geringe Aussicht auf Erfolg, die ihm studentische Politik offenbar bietet und durch die Art, in der diese Politik gegenwärtig betrieben wird.

3. Zweifelhafte Verkehrsformen machen studentische Politik unglaubwürdig

Die gegenwärtigen Formen studentischer Politik erscheinen unglaubwürdig. Fast alle Gruppen treten zwar mit dem Anspruch an, studentische Interessen zu vertreten. Kennzeichen ihrer Politik sind jedoch

- Gruppenegoismus und Machtkämpfe, gegenseitiges Mißtrauen,
- Versuche, den Studenten vor den Karren der eigenen Politik zu spannen (möglichst so, daß er es nicht merkt),
- Politik auf der Ebene von Funktionären und deren persönlichen Problemen,
- Absolutheits- und Führungsansprüche, angebliches Wissen um die „wirklichen“ Interessen der Studenten,
- studentische Gelder in die eigene Tasche zu wirtschaften.

4. Studentische Politik als Interessenvertretung?

Hochschulpolitik wird von fast allen politischen Gruppen als Interessenvertretung verstanden, wobei einige, insbesondere RCDS und MSB Spartakus, behaupten, nur sie könnten dieses schwierige Geschäft der studentischen Interessenvertretung wirksam besorgen. Während z. B. der RCDS

die „wahren Interessen“ der Studenten wahrnehmen will, behauptet der MSB Spartakus, er vertrete die „objektiven Interessen“ der Studenten.

Was steht aber hinter diesem hehren Ausspruch? Es fällt auf, daß die Studenten offensichtlich nicht mehr gefragt zu werden brauchen, denn „objektiven“ bzw. „wahren“ Interessen ist gemeinsam, daß sie bereits feststehen.

5. Widersprüche zwischen Theorie und Praxis

Der Student, der die Flugblätter von politischen Gruppen in die Hand bekommt und gleichzeitig das Verhalten der Gruppen und des AStA sieht, hat den Eindruck der Widersprüchlichkeit und oft das Gefühl, daß dies nicht seine Politik ist, die dort betrieben wird.

Andererseits sehen viele Studenten im Rahmen studentischer Politik keine Alternative, da sich in ihren Augen alle an der Hochschule vertretenen Gruppen so verhalten. Die Konsequenzen sind Unglaubwürdigkeit studentischer Politik, Entpolitisierung und wachsende Apathie der Studenten.

So entsteht ein grotesker Widerspruch zwischen dem dauernden Trommelfeuer, mit dem die Studenten immer wieder zu Aktionen aufgefordert werden, um dem Erfolg dieser Aufforderungen, der darin besteht, daß die Abstumpfung immer mehr zunimmt.

Die dargelegten Zusammenhänge zeigen Widersprüche zwischen politischem Anspruch und tatsächlicher Praxis der Gruppen auf. So stehen die politischen Gruppen in der Gefahr, bestehende Verhältnisse und Strukturen nicht zu verändern, sondern sie zu verfestigen.

6. Möglichkeiten alternativer Politik

Der SLH erhebt nicht den Anspruch, sich den aufgezeigten Widersprüchen gänzlich entzogen zu haben, etwa durch eine „richtige“ Politik. Studentische Politik muß nun die Lage des einzelnen Studenten in seinem Fachbereich aufgreifen und versuchen, den gesellschaftlichen Bezug herzustellen.

7. Ziele alternativer Politik

Stattdessen muß eine kritische Auseinandersetzung mit

- den Formen der Ausbildung, den in ihr anzutreffenden Strukturen und Autoritäten, also mit Studienordnung, Uni-Gremien und Lehrpersonal,
- den in der Ausbildung vermittelten Inhalten und Methoden, also mit den Begründungen für die in den Wissenschaften verwandten Voraussetzungen und methodischen Konventionen einerseits, mit den gesellschaftlichen Erfordernissen, Bedingungen und Konsequenzen der Wissenschaften andererseits.

Ziel einer solchen alternativen Politik ist

- die Entwicklung kritischen Bewußtseins über die eigene Situation als Student (Selbstreflexion) sowie über die praktisch erfahrbaren Mißstände,
- das Erkennen von gesellschaftlichen Ursachen und Voraussetzungen für die gegenwärtige hochschulpolitische und persönliche soziale Situation,
- eine Auseinandersetzung mit den Umständen, Funktionen und Abhängigkeiten im späteren Beruf,
- Eine Änderung der gegenwärtigen Verhaltens- und Umgangsformen zur Überwindung von Vereinzelung, Mißtrauen und Konkurrenzverhalten.

8. Mittel alternativer Politik

Erst über eine solche Politik kann der einzelne Student die Erfahrungen sammeln, die ihn motivieren, politische Arbeit, Arbeit für die Demokratisierung der Gesellschaft zu leisten. Diese Politik läßt sich nun nicht durch Parolen oder Appelle erreichen, sondern nur über eigene Erfahrungen (Selbsterfahrung).

Dabei darf sich die mobilisierende Arbeit nicht nur auf Information und Aufklärung beschränken. Vielmehr muß versucht werden, die - wenn auch im Hochschulbereich äußerst geringen - Möglichkeiten zur Veränderung zu nutzen. Dazu gehört konstruktiv-kritische Mitarbeit in den Hochschulgremien - trotz Einsicht in die Begrenztheit der Erfolgsaussichten, Erfahrungen dieser Art werden letztlich nur in Aktionen der Betroffenen erreicht werden können (Selbstorganisation).

Selbstorganisation bedeutet eine Verhaltensweise, ohne einen institutionellen Rahmen, eine neue Interessenvertretungsstruktur zu beanspruchen. Hierdurch soll Kritik und Engagement unter der Perspektive humaner Gesellschaftsorganisation ermöglicht werden, die ansonsten eingeschränkt ist auf deren Durchsetzungsmittel wie Profite, Wachstum und sozialen Ausgleich.

Ein hervorragender Bereich, der Ansatzpunkte zur Selbstorganisation wie auch zur Mobilisierung bietet, ist die Fachschaft. Sie kann, da sie am ehesten Nähe zur Studien- und Lebenssituation des einzelnen herzustellen vermag, Hemmnisse für den Zugang der Studenten zur studentischen Politik abbauen, die in der Studienbelastung und der psychischen Situation begründet sind.

9. „Studentisches Interesse“ und gesellschaftliche Stellung der Studenten

Das heißt in der Konsequenz für die Politik des SLH, einerseits die Illusion eines allgemeinen, „objektiven“ oder „wahren“ studentischen Interesses, das mit dem individuellen identisch wäre, zu zerstören, andererseits nach

der Stellung der Studenten in der Gesellschaft zu fragen und zugleich nach dem, womit er sich beschäftigt, nach der Wissenschaft.

Unmittelbare Interessen der Studenten, z. B. reibungsloserer Studienablauf, bessere Sozialversorgung usw. sind für eine allgemeine Bestimmung der Stellung der Studenten zu vordergründig. Eine kritische Untersuchung ihrer Stellung kann vielmehr nur eine Analyse ihrer Funktion in dieser Gesellschaft sein. Dabei sind die durch wissenschaftliche Erkenntnis gewonnenen Methoden, Theorien und Ergebnisse von den Studenten in die gesellschaftliche Praxis einzubringen.

Die Schwierigkeit ist, daß der Student dies noch nicht real tut, sondern sich in Vorbereitung auf diese Funktion befindet. Aus diesem „Zwischenstadium“ können vielerlei **Selbsttäuschungen** wie z. B. die Vorstellung, man lerne um des Lernens willen, oder die vom „freien Studentenleben“ entstehen. All das braucht dem Studenten durchaus nicht bewußt zu sein; zwar ist das persönliche Interesse für die Selbstauffassung des einzelnen bestimmend, aber dahinter steht auch - von ihm zumeist nicht erkannt - die damit verbundene Funktion in der Gesellschaft.

Der SLH sieht von daher eine Aufgabe darin, die Vorstellung von der Unabhängigkeit des Individuums - daß nämlich sein Handeln allein durch seinen autonomen Willen und sein individuelles Interesse bestimmt sei - zu durchbrechen, indem sie auf den Zusammenhang zwischen Individuum und Gesellschaft verweist.

Dazu muß auch die Gesellschaftlichkeit der Wissenschaft verdeutlicht und müssen die Widersprüche im Lehr- und Forschungsbereich auf die gesellschaftlichen Ursachen zurückgeführt werden.

10. Bedeutung der Verfaßten Studentenschaft

Die organisatorische Voraussetzung hierfür stellt die Verfaßte Studentenschaft mit ihren Organen dar. Sie muß mit ihrem politischen Mandat, mit Satzungsautonomie und Beitragshoheit erhalten bleiben. Allerdings müssen die gegenwärtigen Verkehrsformen geändert werden.

In der Verfaßten Studentenschaft können und müssen Studenten Verhaltensformen und Organisationsprinzipien entwickeln (Solidarität, Selbstbestimmung, Selbstorganisation), die den angestrebten Verhaltensweisen entsprechen und die die Kommunikations- und Verkehrsformen einer zukünftigen Selbstbestimmung besser gewährleistenden Gesellschaft darstellen können.

Wir sehen in dieser Politik die Möglichkeit, die Kaderpolitik mit verselbständigten Gruppen- und Funktionärskämpfen zu überwinden und damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Studenten wieder einen Beitrag zur Veränderung von Hochschule und Gesellschaft leisten.